

abends

Sächsische Volkszeitung

Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt
Dresden - R. 16, Holbeinstraße 56

Telefonnummer 21 506
Postfachkonto Leipzig Nr. 26 929

Abgabe A mit Illustr. Beilage dienstags 2,50 M. In Dresden und ganz Sachsen mit Post 3,00 M. in Ostpreußen 3,40 M.
Abgabe B dienstags 2,50 M. In Dresden und ganz Sachsen mit Post 3,00 M. in Ostpreußen 3,40 M.
Eingel.-Nummer 10 4.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Einzelnummern:
Einnahme von Geschäftsbesuchen bis 10 Uhr, von Familienbesuchen bis 11 Uhr Vormittags.
Wochensatz für die Post-Abteilung 40 M., für den Rest des Monats 1 M., für den Rest des Monats 50 M.
Für unbesoldete Geschäftsleute, sowie durch den Postverleger angegebene Einzelnummern mit dem Geschäftsbesuch für die Abgabe des Monats nicht berechnen.
Einnahme der Redaktionen:
11-12 Uhr vormittags.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspartei.

Abgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und freitag. Wochenbeilage. Abgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Zentrum und Friedensschluß

Saltet aus!

In den schwersten Stunden des Deutschen Reiches traten am Montag die Führer sämtlicher Fraktionen der deutschen Nationalversammlung im Weimarer Schloß zusammen und hoben die Hand zum Schwur. Sie versprachen, daß keinem der Abgeordneten. Die unter dem Druck der Verhältnisse für die bedingungslose Annahme des Friedens stimmten, der Vorwurf der Unehrenhaftigkeit gemacht werden dürfe. Sie gelobten vielmehr, dafür einzutreten, anzuerkennen, daß auch diese Abgeordneten nur das Wohl des Vaterlandes im Auge haben. Es war ein Burgfrieden geschlossen worden. Ein Burgfrieden in der Stunde der höchsten Not, ein Burgfrieden, der, wenn er gehalten worden wäre, unsere innere Lage zweifellos beträchtlich erleichtert und entspannt hätte. Schon kurze Zeit darauf wurde dieser Burgfrieden in Weimar selbst durchbrochen. Die Deutschnationalen ließen ihren Führer im Stich; ihnen war es vorbehalten, schon dort — allerdings anscheinend in parlamentarischen Grenzen — den anderen Parteien die Fehde anzusagen. Hatte es sich hier überhaupt um eine Parteifrage gehandelt? Nein! Müßte es nicht vielmehr jedem Abgeordneten überlassen bleiben, in dieser entscheidenden Stunde und in dem Augenblick, in dem dem deutschen Volke im wahren Sinne des Wortes die Pistole auf die Brust gelegt war, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln? Diese Frage muß mit Ja beantwortet werden. Eine namentliche Abstimmung hat nicht stattgefunden. Es steht aber heute fest, daß unter dem Druck der Verhältnisse Abgeordnete aller Parteien für die Unterzeichnung gestimmt haben.

Nachdem der oben erwähnte Burgfrieden schon in der Nationalversammlung durchbrochen wurde, war von vornherein nicht anzunehmen, daß er im Lande draußen gehalten würde. Eine maßlose Fehde hat eingeleitet. Vor allem ist das Zentrum in die Fehde der wildsten Angriffe. Glaubt jemand von unseren Gegnern im Lande, daß es auch nur einen einzigen Zentrumsmann gibt, der nicht niedergeschmettert wäre von den Ereignissen der letzten Tage, einen einzigen Zentrumsanhänger, dem nicht das Herz sich zusammenkrampft bei dem Gedanken an das, was unterschrieben worden ist und unterschrieben werden mußte. Und einige Zentrumsabgeordnete haben gegen die Unterzeichnung gestimmt. Sie haben keine Veranlassung, deshalb aus der Partei auszutreten; denn wir wissen, daß sie ebenfalls aus den tiefsten vaterländischen Motiven ihre Stellung eingenommen haben. Der Austritt des Zentrumsabgeordneten Dr. Heim-Regensburg wird vereinzelt bleiben und er darf nicht tragisch genommen werden. Wir schätzen Herrn Dr. Heim als Menschen wie als Politiker außerordentlich hoch. Er ist aber bekannt als eine überaus impulsive Natur, die schon manchen übereilten Schritt getan hat und sich in den letzten zwei Jahrzehnten bereits mehr als einmal dazu verleiden ließ, Sonderpolitik zu treiben. Die Umwandlung des bayrischen Zentrums in die bayrische Volkspartei war sein Werk und nicht das glückliche. Wir glauben bestimmt, daß auch er den Weg zum Zentrum wieder zurückfinden wird, sobald eine Veruhigung der Gemüter eingetreten ist. Wir betonen nochmals, daß es sich hier um keine reine Parteifrage handeln kann. Wir achten und ehren jede andere Anschauung in dieser Frage, aber wir verlangen auch mit demselben Recht, daß man nicht die Männer, die aus guten Gründen geglaubt haben, für die Unterzeichnung stimmen zu müssen, beschimpft und beschuldigt. Es ist gar nicht möglich, in diesen Spalten auf alle Angriffe einzugehen, denn sie hageln so dicht hernieder wie ein Maschinengewehrfeuer. Wir haben schon in unserer Nummer (Nr. 141) vom Dienstag den 24. Juni aus unserer Kenntnis der Dinge heraus, die Beweggründe klargelegt, die die Mehrheit der Fraktion des Zentrums der Nationalversammlung zu ihrer Haltung bestimmt haben. Das Zentrum hat gewußt, daß unter Umständen seine Existenz auf dem Spiele steht. Wenn es nun trotzdem so gehandelt hat, so ergibt sich daraus schon allein die Selbstlosigkeit seiner Motive.

Manches wird sicherlich auch noch in der nächsten Zeit geklärt werden. Einen Beitrag dazu hat nun bereits der große Zentrumsführer Herold geliefert. Am Mittwoch wurde in der preussischen Landesversammlung

eine Interpellation der Unabhängigen verhandelt, weil die Vertreter der preussischen Republik im Staatsrat gegen die Unterzeichnung des Friedens Stellung genommen haben. Der Ministerpräsident wies demgegenüber darauf hin, daß eine preussische Regierung unmöglich der Unterzeichnung rein deutscher Gebiete preussischen Landes habe zustimmen können. Er betonte weiter, daß die Entscheidung beim Reich lag, und daß die Nationalversammlung wahrscheinlich nicht leicht die Unterzeichnung beschließen würde, sondern vielmehr schwersten Herzens unter dem Druck der unsichtbarsten Gewalt. Von einer Abstimmung in Preußen kann infolgedessen nicht gesprochen werden, und der unabhängigen Interpellation stand ein Antrag Dr. Vorksch (Zentrum), Dr. Friedberg (Demokrat) und Graef (Sozialdemokrat) über die Abgabe einer Protest- und Trauererklärung für die Regierung gegenüber der inzwischen auch angenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit legte der Zentrumsführer Herold, der auch Mitglied der deutschen Nationalversammlung ist, die Stellung des Zentrums zum Friedensschluß klar. Wir veröffentlichen diese Rede nachstehend nach der Wiedergabe in der „Germania“ und empfehlen sie unseren Freunden angelegentlich zur Durchsicht.

Es läßt sich nicht leugnen, daß speziell hier in Sachsen unter dem Druck der ungläublichen Angriffe seit der gesamten übrigen bürgerlichen Presse auch in Zentrumskreisen Erregung und Unruhe gegriffen hat. Wir verlaufen von niemanden unter unseren Parteifreunden, daß er sich auf den Boden der Unterzeichnung stellt, wenn das seinen Ansichten widerspricht. Es liegt uns bereits heute eine ungeheure Menge von Zuschriften aus dem ganzen Lande vor. Diese Zuschriften billigen allerdings zum größten Teile die Haltung der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung in vollem Umfange und bringen zum Ausdruck, daß die Einsender die Beweggründe vollumfänglich würdigen. Wir sind nicht in der Lage, bei der immer noch herrschenden großen Papierknappheit diesen Zuschriften Raum zu geben, wir möchten aber nicht versehen, allen Befassern an dieser Stelle unseren herzlichsten Dank dafür auszusprechen. Es sind aber auch natürlich Einwände darunter, die Bedenken gegen die Haltung der Mehrheit der Fraktion aussprechen, die aber auch zugleich zum Ausdruck bringen, daß ihre Verfasser keinerlei Veranlassung hätten, der Partei deshalb antreten zu werden. Durch diese große Reihe von Zuschriften haben wir uns mit immer mehr steigendem Interesse hindurchgearbeitet und können sie wohl als ein Stimmungsbild aus dem ganzen Lande bezeichnen. Wir freuen uns vor allem, eines daraus feststellen zu können, nämlich, daß das Interesse in den sächsischen Zentrumskreisen ein so außerordentlich reges ist, wie man es vor wenigen Monaten noch nicht vermuten konnte. Wir freuen uns weiter, daß 99 Prozent der Einsender unter allen Umständen, und selbst, wenn manche von ihnen anderer Ansicht sind, ihre Treue zur Partei bekunden und betonen, daß sie diese Treue auch für die Zukunft bewahren wollen. Dieses Treuegelöbnis hat uns in diesen bitteren Tagen hoch erfreut, weil wir daraus ersehen, wie tief der Zentrumsgedanke auch in Sachsen Fuß gefaßt hat. Wir haben nichts zu überlegen. Und deshalb haben wir auch in aller Offenheit von diesem Bild der Stimmung im Lande, wie sie sich in den Zuschriften widerspiegelt, Kenntnis gegeben.

Der Abgeordnete Herold hat bereits in der preussischen Landesversammlung einen Aufklärungszug angekündigt. Wir hoffen und wünschen, daß diese Aufklärung von den zuständigen Parteinstanzen in Berlin raschestens erfolgt und wir richten an alle unsere Parteifreunde im Lande die herzlichste Bitte, in unseren Parteifreien, soweit das auf Grund des vorliegenden Materials möglich ist, auch jetzt schon aufklärend zu wirken. Hindenburg hat in seinem ergreifenden Abschied an die Truppen die Bitte für die Zukunft ausgesprochen: „Wie der einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache. Für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben, das Wohl des Vaterlandes.“ Mögen diese herrlichen Worte überall berücksichtigt werden, besonders aber bei denen, die jetzt im Begriffe sind, einen Aufbruchzug gegen das Zentrum in Szene zu setzen.

Wir verkennen nicht, daß es eine schwere Belastungsprobe ist, der das Zentrum jetzt ausgesetzt ist. Das Zentrum hat aber nicht zum ersten Mal solche Be-

lastungen zu bestehen. Vergessen wir nicht, welche große Aufgaben das Zentrum bei uns in der nächsten Zeit noch zu lösen hat. Gerade in diesem Moment der höchsten Gefahr müssen alle Parteianhänger den Beweis der größten Treue ablegen. Testen wir an das Wort, das Hindenburg im Jahre 1887 im Gärtenfeld in Weimar gesprochen hat: „Von den Feinden nie besorgt, von den Freunden verlassen.“ Sollte das Zentrum die neue Belastungsprobe nicht ertragen, dann würden diese Worte Hindenburgs auf seinem Grabstein stehen. Wir aber sind davon überzeugt, daß trotz allem unsere Freunde in ganz Deutschland und auch bei uns in Sachsen dafür Sorge tragen werden, daß nie die Zeit kommen wird, wo wir kein einziges und geistloses Zentrum mehr haben werden. In diesen Tagen müssen wir wie noch nie ruhiges Blut behalten und dürfen keinen Augenblick vergessen, daß es, nur mit Hindenburg zu sprechen, auch für das Handeln unserer Freunde in Weimar nur eine Richtschnur gab, das Wohl des Vaterlandes. Darum rufen wir allen Anhängern der Zentrumspartei zu: Saltet aus! Saltet aus im Sturmgebraus! hal!

Die Rede des Abg. Herold (Zentr.) in der preussischen Landesversammlung

Meine Damen und Herren! Treuherzige, niederdrückend-tiefschmerzliche Tage habe ich, haben meine politischen Freunde, haben sämtliche Mitglieder der Nationalversammlung in Weimar erlebt. Der Sonntag und Montag dieser Woche waren die traurigsten Tage, die die deutsche Geschichte erlebt hat. Schwer wird es mir, heute über den Frieden hier zu sprechen, nachdem vorläufig wenigstens parlamentarisch die Sache in Weimar entschieden worden ist. Aber der Auftrag meiner politischen Freunde zwingt mich dazu. Am schwersten war es, daß wir auf den Vorbehalt, den wir durchzusetzen glaubten, nämlich den betreffend der Artikel über die Auslieferung des Kaisers und der Generale und Politiker, verzichten mußten, und freuer, daß wir auch das Schulbekenntnis nicht mehr vermeiden konnten. Aber wir mußten auch hier der übermächtigen Gewalt weichen und wenn man in solcher Weise einem so unerhörten Gewaltfrieden zustimmt, weil man wehrlos und machtlos geworden ist, so kann dadurch die Ehre des deutschen Volkes nicht angegriffen werden. (Sehr richtig! i. Zentr. u. b. d. Soz.) In der Antwortnote seitens der Reichsregierung heißt es mit Recht: Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. (Sehr richtig!) Redner liest dann noch die Erklärung des Generals von Deimling im „Völkischer Tageblatt“ ab, die über die nationale Ehre handelt.

Dem Beschluß vom 12. April bezüglich der Abweisung dieses Gewaltfriedens haben auch wir zugestimmt, weil wir hofften, daß gegenüber dem sich auflösenden Volksgedanken noch eine weitergehende Milderung erreicht würde, als es tatsächlich erreicht worden ist. Wir haben alle Mittel angewandt, um eine Abmilderung herbeizuführen. Wenn der Ministerpräsident ausgesprochen hat, daß die preussische Regierung aus der Stellungnahme, die das Reichsabinett und die Nationalversammlung genommen haben, nicht die Forderung ziehen würden, deswegen das Entlassungsgebot einzuziehen, so hat das Staatsministerium recht getan, in dieser schweren Zeit nicht von seinem Posten zurückzuweichen, und wir können ihm dafür unser Vertrauen aussprechen. (Sehr richtig!) Nun hat Herr v. Kardorff hier eine Rede gehalten, die ich allerdings von dem Vertreter der Deutschnationalen Partei nicht erwartet hätte, und die von nationalem Geist, gesprochen in diesem Augenblick, wahrlich nichts enthält. (Sehr richtig!) Für seine Rede in diesem Augenblick trifft in der schwersten Vorwurf. Wenn Herr v. Kardorff sagt, kein Franzose und kein Engländer würde die Auslieferung bewilligen, so mag das zutreffen, weil sie durch keine noch so siegreiche deutsche Regierung zu solchen erblichen Bedingungen gezwungen worden wären. Wenn Herr v. Kardorff sich auf Bismarck als den größten Staatsmann beruft, dann wird er auch hoffentlich seine Äußerungen hochhalten, die dieser damals schon auf die konservative Partei angewandt hat und die heute noch volle Anwendung findet, indem sich zeigt, daß die alte konservative Partei durch Anerkennung ihrer Ver-